

Simbabwe zwischen den Wahlen

Stefan Mair

Nachdem die Wahlkommission in Simbabwe das offizielle Ergebnis der Präsidentschaftswahl vom 29. März bekanntgegeben hat, scheint das Land auf eine Stichwahl zuzusteuern. Oppositionskandidat Morgan Tsvangirai hat im ersten Wahlgang mit 47,9 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit knapp verfehlt. Er liegt aber deutlich vor dem langjährigen Amtsinhaber Robert Mugabe, für den 43,2 Prozent der Wähler votierten. Dieses Resultat bestätigt im Wesentlichen die Zahlen, die das unabhängige »Zimbabwe Election Support Network« schon unmittelbar nach der Wahl veröffentlicht hat. Der Stimmenanteil Tsvangirais liegt jedoch entscheidend unter jenen 50,3 Prozent, welche die Oppositionspartei »Movement for Democratic Change« (MDC) nach wie vor für ihren Kandidaten reklamiert.

Viele Beobachter haben befürchtet, die lange Verzögerung vor der Bekanntgabe des Wahlergebnisses sei dem Versuch des Regimes geschuldet, die Auszählung der Stimmen so zu manipulieren, dass schließlich doch Mugabe zum Sieger erklärt werden könnte. Der Verdacht erhärtete sich, als offizielle Stellen damit begannen, die Resultate der parallel abgehaltenen Parlamentswahl für einige Wahlkreise zu überprüfen. Veränderungen der Mehrheitsverhältnisse in diesen Kreisen hätten ausgereicht, um der regierenden *Zimbabwe African National Union – Patriotic Front* (ZANU-PF) erneut ein Übergewicht im Parlament zu sichern. Dass nun weder das eine noch das andere eingetreten ist, macht deutlich: Das Regime ist tief gespalten in der Frage, wie es mit dem unerwarteten Erfolg der Opposition umgehen soll. Durch die Verzögerung der

Ergebnisbekanntgabe wollte es Zeit gewinnen, um erstens eine neue Machterhaltungsstrategie entwickeln zu können und zweitens den Einfluss der Opposition durch eine massive Einschüchterungskampagne zurückzudrängen.

Die Wahlen vom 29. März 2008

Noch Anfang dieses Jahres erschien es nahezu undenkbar, dass die simbabwische Opposition eine Mehrheit im Parlament, ein Patt im Senat und einen zweiten Wahlgang bei der Präsidentschaftswahl erreichen könnte. Sie galt als zerstritten und geschwächt, die Wählerschaft des Landes als apathisch und das Regime als entschlossen, den Urnengang unter allen Umständen für sich zu entscheiden. Allerdings kam der Wahlsieg der Opposition nicht von

ungefähr – er lässt sich auf vier Faktoren zurückführen: den wirtschaftlichen Niedergang des Landes, die geringfügigen politischen Lockerungen nach dem Abkommen zwischen Opposition und Regierung im Herbst 2007, die zunehmende Spaltung des Regimes und den wachsenden Realitätsverlust in Mugabes Gefolgschaft.

Angesichts der seit Jahren herrschenden Hyperinflation und des kontinuierlichen Rückgangs des Volkseinkommens gab es in den vergangenen Monaten nicht wenige Stimmen, die meinten, Simbabwe habe die ökonomische Talsohle bereits erreicht. Diese Hoffnung erwies sich als falsch. Trotz der Zuwendungen der mittlerweile fast drei Millionen im Ausland lebenden Simbabweer wurde es immer schwieriger, die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs zu versorgen. Die Inflationsrate stieg auf den schwindelerregenden Wert von mehr als 150 000 Prozent.

Das Wahlergebnis ist gleichzeitig ein Resultat des späten Vermittlungserfolges, den die *Southern African Development Community* (SADC) im innenpolitischen Konflikt Simbabwes erzielt hatte. Seit Frühjahr vergangenen Jahres schienen die Staatschefs der Nachbarländer die Geduld mit dem Mugabe-Regime mehr und mehr zu verlieren – im September kam es schließlich zu einem Übereinkommen zwischen Regierung und Opposition, das von Südafrikas Präsident Thabo Mbeki vermittelt worden war (siehe SWP-Aktuell 52/2007). Auf den ersten Blick hatte dabei die Opposition bezüglich einer Verfassungsänderung die weitaus größeren Zugeständnisse gemacht. Teil der Vereinbarung war jedoch auch die Lockerung von drei extrem repressiven Gesetzen. Dies hat die Bedingungen für den Wahlkampf der Opposition gegenüber den Abstimmungen der vergangenen Jahre etwas verbessert.

Darüber hinaus hatte es offenbar beträchtliche indirekte Auswirkungen, dass mit Ex-Finanzminister Makoni auch ein ehemals führendes Mitglied des Regimes zur Wahl antrat. Zwar blieb die Prognose einiger Beobachter unerfüllt, Makoni könn-

te der eigentliche Herausforderer Mugabes werden (er kam nur auf 8,3 Prozent). Allerdings hat seine Kandidatur wohl zweierlei bewirkt: Zum einen könnte sie schwankende Wähler in der Hoffnung bestärkt haben, es gebe angesichts der Spaltung der Regierungspartei echte Chancen auf einen Machtwechsel. Zum anderen dürften Politisten und Wahlhelfer durch Makonis Bewerbung verunsichert worden sein – sie wurde zwar nur von wenigen Spitzenvertretern des Regimes offen unterstützt, hatte vermutlich aber zahlreiche Anhänger in der Regierungspartei und im Sicherheitsapparat. Die Ordnungskräfte mussten sich also fragen, wie weit sie bei der Manipulation von Wahlkampf und Wahlergebnis gehen konnten, ohne ins Visier einer gewichtigen Fraktion der ZANU-PF zu geraten.

Ohnehin scheinen Mugabe und seine Gefolgschaft davon ausgegangen zu sein, dass es angesichts der Zersplitterung der Opposition keiner übermäßiger Eingriffe bedürfe, um einen Wahlsieg zu erringen – dem die ersehnte internationale Anerkennung dann umso weniger verweigert werden könnte. Diese Fehleinschätzung ist Ausdruck eines wachsenden Realitätsverlustes Mugabes, der sich auch in seinem Umgang mit der wirtschaftlichen und sozialen Krise des Landes bemerkbar macht.

Optionen für das Regime

Ein solcher Fehler wird Mugabes Unterstützern kein zweites Mal passieren. Tatsächlich zeigen die massiven Repressionen der vergangenen Wochen, dass Teile des Regimes fest entschlossen sind, eine Niederlage des Präsidenten bei der Stichwahl zu verhindern. Ein Faktor, der zum Sieg der Opposition Ende März beigetragen hat, wird jetzt wohl ausfallen: Es ist kaum zu erwarten, dass Tsvangirai noch einmal ähnliche Möglichkeiten zur Wahlkampfführung eingeräumt werden. Die anderen Hauptgründe für Mugabes Misserfolg bleiben jedoch wirksam: die wirtschaftliche Misere des Landes und die Spaltung des Regimes. Vor allem letztere lässt die Oppo-

sition hoffen, dass Mugabe auch die Stichwahl verliert.

Für die Vorgehensweise in den kommenden Wochen stehen dem Regime prinzipiell vier verschiedene Strategien zur Verfügung. Eine besteht darin, die absolute Mehrheit Mugabes im zweiten Wahlgang mit allen Mitteln – an Repression und Manipulation – zu sichern. Neben dem Präsidenten selbst bevorzugen diesen Weg wohl all jene in Regierung und Sicherheitsapparat, die sich während Mugabes jahrzehntelanger Herrschaft massive Menschenrechtsverletzungen haben zuschulden kommen lassen, etwa bei den sogenannten Matabele-Massakern Mitte der achtziger Jahre.

Eine andere Strategie könnte darauf abzielen, den zweiten Wahlgang möglichst weit hinauszuschieben und die Opposition zwischenzeitlich so unter Druck zu setzen, dass sie der Bildung einer Regierung der nationalen Einheit zustimmt. Entscheidend wäre dann, ob eine solche Regierung mit oder ohne Mugabe gebildet und ob sie von der ZANU-PF oder von der jetzigen Opposition geführt würde. Für die Mugabe-treuen Kräfte wären nur die beiden ersten Alternativen akzeptabel. Jene in der ZANU-PF, die ihm kritisch gegenüberstehen, dürften hingegen eine Einheitsregierung ohne Mugabe vorziehen. Allerdings würden sich auch von ihnen nicht alle mit einer Führungsrolle der bisherigen Opposition abfinden.

Den regime-internen Dissidenten ist ebenfalls zuzutrauen, dass sie Mugabe ins Rennen schicken, um ihn die Wahl verlieren zu lassen. In der Regierungspartei und den Sicherheitskräften gibt es mittlerweile relativ viele Personen, die den Präsidenten unbedingt loswerden wollen, sich aber außerstande sehen, ihn selbst aus dem Amt zu drängen. Ihn glauben zu lassen, es werde alles für seinen Erfolg getan, und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass das Maß an Repression und Manipulation nicht ausreicht, um tatsächlich einen Wahlsieg zu erreichen, wäre ein Ausweg aus dem Dilemma.

Schließlich dürfte es vor allem im Sicherheitsapparat die Überlegung geben, die Situation weiter eskalieren zu lassen, um

so einen Vorwand für einen Militärputsch zu schaffen. Schon heute wird unterstellt, dass die wahre Macht im Land nicht mehr bei Mugabe, sondern beim *Joint Operation Command* liegt, dem neben den Armeekommandeuren die Führung von Polizei und Geheimdienst angehört. Allerdings gilt auch dieses Gremium als gespalten, und ein Militärputsch in Simbabwe dürfte selbst die Geduld des südafrikanischen Präsidenten Mbeki überstrapazieren.

Optionen für die Opposition

Die Opposition steht vor dem Problem, angemessene Antworten auf die möglichen Strategien des Regimes zu finden. Den geringsten Erfolg verspricht die Option, den zweiten Wahlgang zu boykottieren. Der Anspruch der MDC, Tsvangirai habe die absolute Mehrheit schon im ersten Wahlgang erreicht, wird selbst von unabhängigen Beobachtern nicht gestützt. Darüber hinaus haben die letzten vier Wochen gezeigt, dass es auch einer wiedererstarkten Opposition nicht gelingt, zu Massenprotesten zu mobilisieren. Nach einer Wiederwahl Mugabes – zwangsläufige Folge eines Wahlboykotts – wäre auch die Oppositionsmehrheit im Parlament wenig wert.

Die Beteiligung an einer Regierung der nationalen Einheit könnte tatsächlich eine günstigere Option darstellen. Dabei wäre allerdings weder für die Opposition noch für die westliche Gemeinschaft eine Führung dieser Regierung durch die ZANU-PF und Mugabe akzeptabel. Es ist jedoch kaum vorstellbar, dass wesentliche Teile des Regimes vor einem zweiten Wahlgang einer Einheitsregierung unter Vorsitz Tsvangirais zustimmen.

Daher gibt es für die Opposition keine realistische Alternative zur dritten Option: alles daranzusetzen, einen zweiten Wahlgang zu gewinnen. Nachdem die MDC zur Einheit zurückgefunden hat – jener Flügel, der sich vor drei Jahren von Tsvangirai lossagte und beim ersten Wahlgang Makoni unterstützte, hat sich wieder hinter Tsvangirai gestellt –, scheint die bloße Arithme-

tik für einen bevorstehenden Sieg zu sprechen: 47,9 plus 8,3 macht 56,2 Prozent. Aber diese Rechnung ist zu einfach. Zum einen dürfte die laufende Einschüchterungskampagne der Regierung ihre Wirkung nicht verfehlen. Zum anderen ist noch offen, ob die ZANU-PF-Dissidenten um Makoni nach dessen Wahlschlappe wirklich Tsvangirai unterstützen werden.

Diese Entscheidung könnte ihnen allerdings erleichtert werden. Eine der zentralen Forderungen oppositioneller Kreise in Simbabwe war stets eine Verfassungsänderung, mit der die präsidentiale Machtfülle reduziert und ein dem Parlament verantwortlicher Premierminister eingeführt würde. Sollte dies umgesetzt werden, wäre ein Arrangement mit Tsvangirai als Präsident und Makoni als Premierminister denkbar. Über den verfassungsrechtlichen Aspekt einer besseren Gewaltenteilung hinaus hätte eine solche Konstellation weitere Vorteile. Sie würde dazu beitragen, die Bedenken angesichts der mangelnden Regierungserfahrung Tsvangirais zu zerstreuen, da ihm mit Makoni ein erfahrener Finanz- und Wirtschaftspolitiker zur Seite stünde. Vor allem aber ließe sich so der gemäßigte Teil des alten Regimes in eine neue Regierung integrieren – was deren Chancen, sich gegen den Widerstand der Ewiggestrigen durchzusetzen, deutlich erhöhen würde.

Optionen für Deutschland und die EU

Die Möglichkeiten Deutschlands und der EU, unmittelbaren Einfluss auf die Lage in Simbabwe zu nehmen, sind gering. Mugabe und sein Gefolge verweigern sich jedem Gespräch mit der westlichen Gemeinschaft. Deren Forderung an die simbabwische Regierung, demokratische Standards einzuhalten, ist indes hinreichend bekannt. Die gezielten Sanktionen gegenüber führenden Vertretern des Regimes sollten auf jeden Fall beibehalten werden. Allerdings wäre es sinnvoll, die Anwendung dieser Sanktionen auf Makoni und jene, die ihn offen unterstützen, zu suspendieren.

Gleichzeitig sollten die guten Kontakte zur Opposition und die – bislang noch schwierigen – Beziehungen zu den kritischen Kräften innerhalb des Regimes genutzt werden, um erstere zur Wahlteilnahme zu veranlassen und letztere zu ermutigen, sich der Opposition zuzuwenden. Allerdings sollte die Opposition nicht vor einem zweiten Wahlgang zur Bildung einer Regierung der nationalen Einheit gedrängt werden, die auch die Mugabe-treuen Kräfte umfasst. Eine solche Koalition würde einen politischen und wirtschaftlichen Neuanfang des Landes nahezu unmöglich machen.

Der wichtigste Ansatzpunkt für Deutschland und die EU, um das Geschehen in Simbabwe zu beeinflussen, liegt jedoch nach wie vor im Einwirken auf den südafrikanischen Präsidenten Mbeki. Die Unterstützung für seine Politik der »stillen Diplomatie«, die jede Kritik an Mugabe vermeidet, bröckelt nicht nur innerhalb der SADC, sondern auch in Südafrikas Regierungspartei ANC. Mbeki muss verdeutlicht werden, dass er mit seinem Kurs nicht nur die Glaubwürdigkeit südafrikanischer Außenpolitik und damit einen wesentlichen Teil seines Erbes als Präsident beschädigt, sondern auch Gefahr läuft, die Fußball-WM 2010 in Südafrika zu einem ähnlichen PR-Desaster werden zu lassen, wie es gegenwärtig mit den Olympischen Spielen in Peking geschieht.

Mbeki und die SADC müssen bei Simbabwes Führung auf die Einhaltung des von ihnen vermittelten Abkommens mit der Opposition pochen, ein Ende der Repressionen sowie einen frühen Termin für den zweiten Wahlgang verlangen und die baldige Einladung möglichst vieler internationaler Wahlbeobachter erwirken. Noch immer wird das Regime kaum Beobachter aus Europa und den USA akzeptieren. Doch eine ausreichend große afrikanische Delegation, mandatiert durch die Afrikanische Union und angeführt von den demokratisch gefestigten Staaten des Kontinents, könnte einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass die Manipulationsversuche Mugabes und seiner Gefolgschaft nicht verfangen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2008
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364